

**Replik auf den NZZ-Beitrag vom 16. April 2021, Rubrik Wirtschaft, von Thomas Fuster:
«Die öffentliche Entwicklungshilfe klettert trotz Corona-Krise auf ein Rekordniveau»**

Wovon hängt erfolgreiche Entwicklungshilfe ab?

Herr Fuster schreibt in seinem Artikel ([«Die öffentliche Entwicklungshilfe klettert trotz Corona-Krise auf ein Rekordniveau» vom 16. April 2021](#)), dass mehr Hilfe nicht immer mehr Entwicklung bedeute und dass diese «unbequeme Tatsache» oft untergehe. Die Frage stellt sich, ob sie dies tut, zumal «Hilfe» und ökonomische Entwicklungszusammenarbeit nicht dasselbe sind.

Im Weiteren stellt Herr Fuster fest, dass die Entwicklungsausgaben der OECD-Länder insgesamt um über 3% gestiegen sind. Dies hat mit der Umsetzung der globalen Entwicklungsagenda 2030 der UNO (Nachhaltige Entwicklungsziele) zu tun, in welcher die Staatengemeinschaft sich darauf verpflichtete, 0,7% der BIP in die Umsetzung dieser Ziele zu investieren. Die wenigsten Länder erreichen diesen Richtwert, der offensichtlich ein Input- und kein Output-Faktor ist. Wenn die Ausgaben nominal steigen, so doch nicht prozentual: Wenn das BIP wächst (was bis vor der COVID-Krise in den meisten Industrieländern der Fall war), dann wachsen auch prozentual die Entwicklungsbeiträge.

Der Artikel kritisiert diesen Input-Faktor und legt stattdessen nahe, Vorgaben zum erwünschten Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer oder der angestrebten Armutsreduktion zu machen. Dabei wird vergessen, dass die IZA (Internationale Zusammenarbeit) lediglich einen Bruchteil der Mittel ausmacht, die einem Entwicklungsland zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass es nicht *eine* Entwicklungszusammenarbeit gibt. Die IZA besteht aus einer Vielzahl von Akteuren mit eigenen Absichten und Ansätzen. Es ist selbstredend, dass die im Artikel genannten Zielgrössen in keiner Weise von einem einzigen Land, geschweige denn von der Schweiz bilateral und allein erreicht werden können. Würde sich die Schweiz zum Beispiel das Ziel setzen, die Kinderarbeit in der Elfenbeinküste in zehn Jahren zu eliminieren, so würde sich umgehend die Frage stellen, wer für die entsprechenden Ergebnisse verantwortlich wäre und ob zum Beispiel die DEZA tatsächlich die dazu notwendigen Kompetenzen hat.

In der Diskussion über die Ergebnisse der IZA wird zudem oft ein wichtiger Aspekt vergessen: Ob die IZA erfolgreich war, kann aufgrund des multifaktoriellen Charakters der Entwicklung eines Landes nicht an einem einzelnen Indikator wie dem Wirtschaftswachstum abgelesen werden. Die IZA kann auch dann ein Erfolg gewesen sein, wenn es einer Bevölkerung, gewissen Bevölkerungsschichten oder einem Land als Ganzes weniger schlecht geht, als es ohne diese IZA der Fall gewesen wäre. Es ist eine wissenschaftlich nicht fundierte Unterstellung, die Entwicklungsprobleme einer Mehrheit der Länder Afrikas südlich der Sahara seien einfach auf ein Versagen der Entwicklungszusammenarbeit zurückzuführen.

Die Motivation für die Vorgabe eines Zielwertes von 0,7% für die internationale Zusammenarbeit ist mitunter eine andere: Es geht darum, einen zum nationalen Einkommen verhältnismässigen Beitragsaufwand vorzuschlagen. Dies hat in erster Linie mit Solidarität zu tun, so wie sie in der Schweiz im Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beschrieben wird. Dass die Effektivität und Effizienz der IZA von der OECD und in einzelnen

Projekten bereits heute laufend evaluiert und die Resultate dieser Erhebungen jährlich publiziert werden, braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Was diese Evaluationen immer wieder zeigen – dies wird auch in der neuen Botschaft zur Schweizer IZA hervorgehoben: Die Wirkung der IZA wird zuweilen eben gerade von anderen politischen Massnahmen derselben Länder, die Entwicklungsgelder sprechen, wieder untergraben. Das mag auf die Schweiz, mit ihrer vorwiegend neutralen Entwicklungspolitik und ihren verhältnismässig bescheidenen Budgets, etwas weniger zutreffen; auf grosse, geostrategisch positionierte Länder (wie die G7) hingegen umso mehr: Mangelnde Politikkohärenz neben mangelnder Geberharmonisierung führt oft zu grotesken Situationen, in denen die investierten Mittel der IZA buchstäblich «neutralisiert» werden.

Es ist bedauernd, dass gerade diese Widersprüchlichkeit in der Aussenpolitik vieler Länder von der NZZ kaum thematisiert wird, um die Schuld für das Entwicklungsversagen der IZA in die Schuhe zu schieben. Es reicht nicht, die Ansätze und Rahmenwerke der Entwicklungspolitik zu kritisieren, jedoch die politischen Dilemmata, in denen diese Arbeit durchgeführt werden muss, konsequent auszublenken.

Die Feststellung, dass «Entwicklungshilfe krisenresistent ist», sollte eher zu einer positiven Einschätzung derselben führen: Aufgrund des konjunkturellen Abschwunges ist die IZA zwar prozentual angestiegen, nominal aber ungefähr gleich geblieben. Dies erlaubt eine langfristige und somit nachhaltige Ausrichtung der Entwicklungsinvestitionen, was gerade in Krisenzeiten, in denen der Blick vermehrt auf heimische Bedürfnisse gerichtet wird, eine minimale Kontinuität der Entwicklungsmassnahmen ermöglicht. Massive Kürzungen der IZA-Gelder würden vorgängige Investitionen, die über Jahre in die Stärkung und Widerstandsfähigkeit lokaler ökonomischer und sozialer Strukturen getätigt wurden, zunichtemachen.

Die Irritation des Autors über den Fokus auf die Geber-Quoten mag auf den ersten Blick verständlich sein, weil es in der Tat vordergründig ein quantitativer Input-Faktor ist. Dieser kann und will aber kein Indikator für den Erfolg der IZA-Arbeit sein. Er soll lediglich den notwendigen Budgetrahmen für die IZA sicherstellen, damit die Ziele der Agenda 2030 erreicht werden können. Ob diese erreicht wurden und was der Beitrag der IZA dazu war – und ob das von den OECD-Ländern tatsächlich dafür zu Verfügung gestellte Budget ausreichend war – wird man in 10 Jahren wissen.

Samuel Bon, CEO

Philippe Schneuwly, Director Partners and Clients

Swisscontact

SWISS FOUNDATION FOR TECHNICAL COOPERATION